

331/AE

der Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde

betreffend Umsetzung einer offensiven österreichischen Anti-Atompolitik

Im Zuge der Debatte über die Finanzierung und Fertigstellung des Kernkraftwerkes Mochovce faßte der Nationalrat im Jahr 1995 einstimmige und weitreichende Beschlüsse, die über den spezifischen Anlaßfall hinaus von grundsätzlicher Bedeutung für eine Entwicklung der österreichischen Anti-Atompolitik sind. Abgesehen von Einzelpunkten ist der große Teil dieser Beschlüsse seitens der Bundesregierung bzw einzelner Mitglieder bislang nicht realisiert. Aufgrund der aktuellen Entwicklung, die ein Abgehen von der offiziellen Zielsetzung der Politik Österreichs, der Schaffung eines kernenergiefreien Europas befürchten läßt, ist eine neuerliche Beschlußfassung der wörtlich übernommenen Entschlüsse von 1995 erforderlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

Die Österreichische Bundesregierung soll ihre Bemühungen im Sinne der Politik für ein kernenergiefreies Mitteleuropa intensivieren, um damit das Risiko für die österreichische Bevölkerung zu minimieren und gleichzeitig einen Schritt in Richtung auf eine nachhaltige Energiewirtschaft zu setzen, insbesondere (Beschluß vom 9.2.1995).

a) wird die Bundesregierung ersucht, in allen relevanten Gremien der Europäischen Union, insbesondere in der EU-Kommission, in EURATOM nach Möglichkeit eine negative Position zur geplanten Kreditvergabe für die Fertigstellung des Kernkraftwerkes Mochovce anzustreben. Die Bundesregierung wird weiters ersucht, nach Möglichkeit auf die Finanzierungsinstitutionen der Europäischen Union einzuwirken, damit die Europäische Union nach dem Vorbild und entsprechend den Analysen der Weltbank aus prinzipiellen Erwägungen in Zukunft keine Kredite für den Ausbau der Kernenergie in Mittel- und Osteuropa gewähren möge.

b) wird der Bundeskanzler ersucht, den E U-Kommissionspräsidenten von der österreichischen Position zu informieren,

c) wird die Bundesregierung ersucht, in der Europäischen Investitionsbank, in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und in anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen verstärkt darauf hinzuwirken, daß in den mittel- und osteuropäischen Staaten Alternativprojekte zur Atomenergie unterstützt und gefördert werden und unter Einbeziehung von Regierungen und Unternehmungen in Mittel- und Osteuropa in

internationalen Finanzierungsprogrammen und - Institutionen Kofinanzierungsangebote für Projekte zu unterbreiten : insbesondere möge die Bundesregierung der Slowakischen Republik erneut Alternativen zur Fertigstellung des Kernkraftwerkes Mochovce unterbreiten;

d) wird die Bundesregierung ersucht, im Rahmen aller relevanten Förderinstrumente verstärkt Mittel dafür zu widmen, daß Projekte nichtnuklearer Energieerzeugung, die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten Alternativen zur Atomenergie eröffnen können, gefördert und unterstützt werden und auf den Grundlagen einer Schwachstellenanalyse zu überprüfen, ob die Förderaktionen für Projekte in den Mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten

koordiniert und verbessert werden können. damit die Projekte möglichst rasch realisiert werden, und die Richtlinien der jeweiligen Förderungseinrichtungen an diese Erfordernisse anzupassen; insbesondere wird der Bundesminister für Finanzen ersucht, im Rahmen der Budgetverhandlungen 1997/98 eine eindeutige Erhöhung der Mittel aller relevanten Förderungsinstrumente sicherzustellen und langfristig abzusichern und derart zu widmen, daß Projekte nicht nuklearer Energieerzeugung, die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten Alternativen zur Atomenergie eröffnen können, entsprechend den jeweiligen vorliegenden Projektunterlagen gefördert und unterstützt werden können;

e) wird die Bundesregierung ersucht, die Pariser Konvention über die Haftung gegen Dritte auf dem Gebiet der Kernenergie dem Parlament erst dann zur Ratifizierung vorzulegen. wenn inhaltliche Verbesserungen durchgeführt werden, insbesondere eine Anhebung von Haftungsobergrenzen zur Abdeckung grenzüberschreitender Schäden sowie die Abschaffung der Begrenzung der Haftung auf den Anlagenbetreiber;

f) wird die Bundesregierung ersucht, sich nach Möglichkeit zu bemühen. die bestehenden bilateralen Übereinkommen mit den Nachbarstaaten über Nuklearfragen zu verbessern, insbesondere eine Revision des bilateralen Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen bzw. Slowakischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz anzustreben : insbesondere wird der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten ersucht, nach Möglichkeit die Fragen der Haftung anzusprechen und sich zu bemühen, bilaterale Haftungsregelungen und in der Folge Vollstreckungsabkommen in Zivil- und Handelsachen zunächst mit der Slowakischen Republik und dann mit allen anderen atomenergienutzenden Nachbarstaaten zu erreichen ;

g) wird der Bundesminister für Justiz ersucht, das österreichische Atomhaftungsgesetz grundlegend zu überarbeiten und den modernen Erfordernissen anzupassen, wie z.B. Angleichung der Entschädigungssummen an reale Risiko- und Schandesabschätzungen, den Ausschluß von Vorteilen aus der allgemeinen Verschuldenshaftung des ABGB insbesondere gegen Dritte, eine strengere Haftung für den Umgang mit Radionukliden und Aufgabe der Kanalisation der Haftung.

h) wird die Bundesregierung ersucht, nachdrücklich alle Initiativen zur Stärkung der IAEO als ein wirksames Instrument zur Kontrolle der Sicherheit von Kernkraftwerken und der Nichtverbreitung von Kernmaterialien voranzutreiben und zu unterstützen und sich gleichzeitig zu bemühen, die Zielsetzungen der IAEO und von EURATOM dahin gehend zu ändern, daß die Förderung der Kernenergie unterbleibt.

i) wird die Bundesregierung ersucht, sich für die Schaffung einer globalen Organisation für erneuerbare Energieträger im Rahmen der Vereinten Nationen einzusetzen und sich im Rahmen der Regierungskonferenz der EU im Jahre 1996 für die Schaffung europäischen Strukturen zur Förderung erneuerbarer und nachhaltiger Energieträger einzusetzen

j) (Beschluß 1.4. 7. 1995) Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Mochovce-Aktivitäten im engen Kontakt mit den schon bisher zum Kernkraftwerk Mochovce kritisch eingestellten Staaten und der Slowakei fortzusetzen und die Erarbeitung eines multilateralen Konzeptes für eine nicht-nukleare Alternative zum Kernkraftwerk Mochovce zu initiieren.

k) Die Bundesregierung wird ersucht, innerhalb der EU auf die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für nicht-nukleare Alternativen hinzuwirken, welche auch der Slowakei zugänglich gemacht werden könnten.